


# Zur Entmythologisierung von Weissbuch und Zukunftskonferenz Wilhelmsburg

von Manuel Humberg.

Natürlich will ich das Weissbuch nicht mit der Bibel vergleichen, aber ... Verklärung, Mythenbildung und das häufige Zitieren für z. T. gegensätzliche Positionen zeugen mittlerweile

„Insel im Fluss – Brücken in die Zukunft“ als Motto der Zukunftskonferenz steht für den Beginn einer dynamischen, fortlaufende Debatte, mit den Menschen, die hier leben im Mittelpunkt. Es eignet sich nicht für Mythenbildung und zum Missbrauch für externe Interessen.

auch beim Weissbuch der Zukunftskonferenz von einem gewissen Kultstatus. Es besteht die Gefahr von Missbrauch und der Funktionalisierung für unterschiedliche Interessen.



„Insel im Fluss – Brücken in die Zukunft“ war das Motto der Zukunftskonferenz. Hier die Wassertreppe 7 im Spreehafen: eine Brücke für eine Fähre, eine Schute, ein schwimmendes Atelier ... Eine sinnvolle Brücke – auch wenn sie das andere Ufer nicht erreicht und nicht aus Stein gebaut ist.

Auch für das Weissbuch ist zehn Jahre nach seinem Erscheinen eine historische Einordnung und damit eine Entmythologisierung überfällig.

**Das Weissbuch ist nicht aus  
einem Guss -  
es ist ein Dokument  
der Vielfalt und der Widersprüche**

In den Berichten der sieben Arbeitsgruppen der Zukunftskonferenz und der ausführlichen Zusammenfassung im Vorwort spiegeln sich die unterschiedlichsten Standpunkte, Ideen und Visionen von 100, vielleicht 200 Menschen wieder, die damals, in den Jahren 2001 und 2002, in Wilhelmsburg wohnten und arbeiteten.

Die Redaktion des Weissbuches listet alleine 21 Namen auf – zusätzlich gab es in den sieben Arbeitsgruppen der Zukunftskonferenz weitere Sprecherinnen und Sprecher.

- Es waren die Aktivsten aus zahlreichen Initiativen, Vereinen, Parteien und dem Beirat.
- Es waren die, die ausgeharrt hatten und sich nicht hatten vertreiben oder verdrängen lassen von der jahrzehntelangen Abwärtsspirale, der wachsenden Arbeitslosigkeit und Armut, der wiederholten Zumutungen aus dem Hamburger Rathaus, der Misere in den Schulen, dem Sterben von Läden und Nachbarschaften.
- Es waren diejenigen, die der verbreiteten Resignation im Stadtteil und dem zunehmenden Ruf nach einfachen Lösungen (siehe

Wahlerfolge von REP und DVU 1993 und 1997, Aufstieg der Schill-Partei parallel zur Zukunftskonferenz) ein selbstbewusstes Bürgerengagement entgegen setzen und gemeinsam Erfolge organisieren wollten.

Die Zukunftskonferenz war grundsätzlich offen für alle, die sich engagieren wollten. Faktisch aber waren große Bevölkerungsgruppen unterrepräsentiert. Darunter Kinder und Jugendliche, Arbeitslose und migrantische Gruppen.

Die Ideen für ein besseres Wilhelmsburg der Zukunft waren bunt und unterschiedlich. Das reichte von einer grundsätzlich anderen staatlichen Politik gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, über Forderungen an den Senat zu einer gerechteren Verteilung zwischen den Hamburger Stadtteilen (Maßnahmen gegen Segregation und Ausgrenzung), bis zu der Vorstellung, mit gezielter Aufwertung und Veränderungen in der Wilhelmsburger „Bevölkerungsstruktur“ könnten die Probleme gelöst werden.

**Die Zukunftskonferenz war  
kein Angebot -  
sie wurde dem  
Hamburger Senat abgetrotzt**

Aus Sicht des Hamburger Senats war Wilhelmsburg im Jahre 2000 auf einem guten Weg. Schließlich hatte er 1994 bei der Müllverbrennungsanlage eingelenkt, unter Lei-

# Protest-Parade gegen



Die geplante Hafenspange A 252 zwischen der Autobahn 1 und 7: Der Spreehafen, Wohnblocks und Sportplätze würden ihr zum Opfer fallen. Grafik: HASSE

## Wilhelmsburg: Bürgerinitiative will zusätzlichen Schwerverkehr verhindern

„Wir wollen nicht länger der Hinterhof und der Abfallhaufen Hamburgs sein! Wir wollen leben! Wir wollen ein Teil von Hamburg sein!“ Auf der „Wilhelmsburg-Live-Parade“ holten die Organisatoren mit solchen Sprüchen zahlreiche Bürger der Elbinsel aus den Häusern. Mit etwa 300 Protestierenden zog die „Parade“ gestern Abend durch den Westen des Stadtteils. „Gegen die geplante Hafenspange! Für einen Zukunftsplan für das ganze Viertel!“

Die geplante Verbindungsautobahn A 252 zwischen der A 1 und

der A 7 erregt den Wilhelmsburger Volkszorn. Der „Hafenspange“ sollen einige Wohnhäuser, Sportanlagen und Wasserwege zum Opfer fallen. Die etwa zwölf Meter hohe, auf Betonstützen geführte Autobahn brächte außerdem zusätzlichen Schwerverkehr aus dem Hafen direkt ins Viertel.

Die Demonstranten forderten eine Zukunftskonferenz mit allen Beteiligten für ihren Stadtteil. Außerdem die Umwandlung des Spreehafens zum Hausboothafen und Naherholungsgebiet. Die Bürgerinitiative „Forum Wil-



Für die Lebensqualität in ihrem Stadtteil gehen sie einen Zukunftsplan.

helmsburg“ hatte zu der zweitägigen Veranstaltung aufgerufen. Zahlreiche Vereine und Gruppierungen waren dem Aufruf gefolgt. Im Demonstrationzug waren Mitglieder des Wilhelmsburger Ruderclubs, der Jugendhäuser des Viertels, des türkischen Elternbundes und der Kirchen.

Zur Abschlusskundgebung vor dem Wilhelmsburger Ortsamt

zung von Prof. Machule ein Bürgerbeteiligungsverfahren bewilligt, drei Millionen für Sonderinvestitionen locker gemacht und die Einrichtung eines Stadtteilbeirates genehmigt. Eine Imagekampagne verkündete „Hauptsache Wilhelmsburg“ und Ortsamtsleiterin Heike Severin verbreitete Optimismus.

Die im Forum Wilhelmsburg zusammengeschlossenen Initiativen und Vereine teilten

den amtlichen Optimismus nicht und kritisierten die durchgeführten Maßnahmen als völlig unzureichend. Sie reichten bei weitem nicht aus, um die sozialen und strukturellen Probleme Wilhelmsburgs zum Besseren zu wenden und einen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung zu bewirken. Das Forum forderte die Direktwahl eines Ortsrates durch alle Bevölkerungsgruppen und ein von diesem kontrolliertes Stadtteilmanagement mit

# die Querspange



Stadtteil gingen gestern etwa 300 Wilhelmsburger auf die Straße. Statt noch sie einen Zukunftsplan.

Foto: SOLCHER

hatte das „Forum“ einen prominenten Fürsprecher gewonnen. Gunter Gabriel gab ein paar alte Songs zum Besten. Er lebt auf einem Hausboot im Wilhelmsburger Hafen. „Ich bin ja nicht gefährdet. Ich kann einfach wegfahren. Aber den Leuten hier, die die Kohle nicht so dick haben, den rauben sie mit der Autobahnplanung wichtigen Lebensraum“, sagte Gabriel. Und wenn der Se-

nat aus rein wirtschaftlichen Interessen „Volks Stimme“ nicht hören wolle, müsse er einfach „sein Maul aufreißen“.

Von einem offenen Truck-Auflieger schmetterte Gabriel seine Klassiker. Unter anderem den „30 Tonner Diesel“, eine Hymne für Trucker. Ausgerechnet, denn es sind ja gerade die Lastwagenkolonnen, die die Wilhelmsburger verhindern wollen. abm

Die 2. Mai - Demo 2000 war Höhepunkt einer Kampagne gegen die sog. „Hafenspange“. Unter dem Motto „Zukunftsplan statt Autobahn“ wird eine positive Zukunft der Elbinsel ohne die anachronistischen Autobahnpläne gefordert – egal in welcher Trassenvariante. Rot/Grün betrieb damals die Linienbestimmung für eine Querspange in Hochlage über den Spreehafen, keine 200 Meter von den gerade sanierten Wohngebieten im nördlichen Reiherstiegviertel entfernt. Das Motto der Demo trug bis zur Zukunftskonferenz. Die Autobahnpläne über den Spreehafen wurden 2008 beerdigt.

einer erheblichen Kompetenzerweiterung für die kommunale Ebene.

Vor allem das Festhalten an den Plänen für eine „Hafenspange“ quer über die Elbinsel nährte die Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Senats. Am Angebot im neuen Beirat für Stadtteilentwicklung mitzuarbeiten, beteiligte sich das Forum deshalb nicht, hielt an seinen weitergehenden Forderungen fest und organisier-

te 1997 demonstrativ einen großen Protestzug in Form einer Karnevalsdemo.

1999 legte der 1997 gewählte Rot-Grüne Senat (in Wilhelmsburg hatten erneut 2477 Menschen = 17,1 % REP, DVU und NPD ihre Stimme gegeben) seine Pläne für die Hafenspange vor. Sie sollte über den Spreehafen im Norden der Insel verlaufen und quer über die Harburger Chaussee an der Reichsstraße andocken.

Dagegen organisierte das Forum am 2. Mai 2000 einen großen Protestzug und entwickelte mit der Parole „Zukunftsplan statt Autobahn“ die Forderung nach einer Zukunftskonferenz in Wilhelmsburg. Im Sommer 2000 überschlugen sich dann die Ereignisse. Nach dem schrecklichen Tod des kleinen Volkan am 26. Juni durch den Kampfhund Zeus auf dem Schulhof Buddestraße, dem Mord auf offener Straße im Bahnhofsviertel und dem Dreifachmord im Schwentnerring machte sich große Verunsicherung in der Bevölkerung breit. Ronald Barnabas Schill tauchte hier das erste Mal auf dem Berta-Kröger-Platz auf und testete in Wilhelmsburg, im Bündnis mit dem langjährigen ehemaligen Wilhelmsburger SPD-Bürgerchaftsabgeordneten Manfred Silberbach, die öffentliche Wirksamkeit seiner populistischen Thesen für law and order.

Das Forum dagegen versuchte, das Bedürfnis nach Sicherheit in progressiver Weise zu besetzen, und schloss sich mit Elternräten, Vertretern von Kirchen und Parteien zu einem „Runden Tisch Sicherheit und Zukunft“ (SuZ) zusammen. SuZ erwartete vom Senat ein Sofortprogramm und die Einsetzung einer Zukunftskonferenz. Im Senat hatte man offenbar den Ernst der Lage nicht erkannt und speulierte darauf, dass der Schill-Kampagne irgendwie von alleine die Luft ausgehen würde.

SuZ entschloss sich zu einem gewagten Schritt und lud unter dem Motto: „Hilferuf aus der Bronx“ zu einer Pressekonferenz ein.

Das Medienecho war gewaltig. Der Senat lenkte schließlich ein und beförderte einen Bürgerschaftsbeschluss, mit dem Stadtentwicklungssenator Willfried Maier mit einer Zukunftskonferenz beauftragt wurde.

### Die Zuko blieb hinter ihren Möglichkeiten zurück und konnte den Durchmarsch von Schill nicht verhindern

Die Stimmung im Stadtteil und die zugespitzte politische Lage (Forum Aktivisten sahen PRO-Schill in Wilhelmsburg bei der kommenden Wahl September 2001 zwischen 20 und 30 %) hätten eine Zukunftskonferenz mit großer Außenwirkung erfordert: eine breite öffentliche Debatte über die brennenden Nöte und Zukunftsfragen der ratlosen und verunsicherten Menschen vor Ort. Entsprechende Vorschläge zur Öffnung der Konferenz für breitere Bevölkerungskreise und eine Ausstattung mit den dazu erforderlichen Ressourcen konnten leider nicht durchgesetzt werden. Im Gegenteil: Das schmale Budget stellte außer für die Auftakt- und Abschlussveranstaltungen keine Mittel für eine offensive und effektive Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung. Die Arbeitsgruppen mussten ehrenamtlich selbst organisiert und koordiniert werden. Zur Abschlussdokumentation war eine lose Sammlung von Din-A4-Berichten der einzelnen AGs vorgesehen. Dass von der Konferenz überhaupt ein kraftvolles Signal an die Hamburger Politik ausging, ist über-

Der Runde Tisch  
**Sicherheit und Zukunft für Wilhelmsburg!**  
lädt ein zu einem:

#### Pressegespräch

### Hilfeschrei aus der „Bronx“!

Donnerstag, 7. September 11: 00

Gemeindehaus St. Raphael, Jungnickelstrasse 21  
(Altes Bahnhofsviertel – schräg gegenüber der Kirche)

- o Schon wieder Wilhelmsburg!
- o Wir wollten doch raus aus den Negativschlagzeilen!
- o „Vulkans Tod auf dem Schulhof“, „Kampfhundszone“, „Hinrichtung auf offener Straße“, jetzt: „3-fach Mord im Schwentnerring“  
Alles Zufälle? „Hätte alles auch woanders passieren können!“
- o Ja. Aber es passiert hier.
- o Ursachen und Hintergründe sind ewig bekannt – die Politik versagt.
- o Elternräte, Soziale Einrichtungen, Pastorinnen, Leute aus Beirat, FORUM, CDU, GAL, SPD bilden „Runden Tisch“ und fördern seit Wochen Sofortmaßnahmen und Zukunftskonzepte. (s. Anlage)
- o Die Reaktionen der verantwortlichen Behörden bisher: hilflos, nicht zuständig, weiterreichen, auf Zeit spielen.
- o Wie wird die Hundeverordnung umgesetzt?
- o Wie ist die Lage in der Schule Buddestraße nach Schulbeginn?
- o Wie ist die Stimmung im Quartier?
- o Was müsste im ganzen Stadtteil angepackt werden?

Wir wissen, dass dieser Stadtteil auch positive Seiten hat, sonst würden wir hier nicht leben. Wenn er aber schöngeredet wird, statt die massiven Probleme anzupacken, ist dies verantwortungslos und zynisch. Das spielt nur rechten Rattenfängern in die Hände.  
Hamburgs Ruf ist in Gefahr!

Corinna Peters - Leimbach (Pastorin im Bahnhofsviertel), Patricia Husemann (Elternrat Schule Buddestraße), Liesel Ameltingmeyer (FORUM Wilhelmsburg), Brigitte Stein –Baura (Elternrat Bonifatius-Schule), Jan Frommann (MfHB, CDU-Ortsverband Wilhelmsburg), Lutz Neysters (GAL-Fraktion Bezirksversammlung), Alekber Akin (Elternrat Schule Buddestraße), Manuel Humburg (Hausarzt), Jürgen Demann (Kreisleiterrat)

Rückfragen an: Manuel Humburg@t-online.de Tel. 754 07 31, Fax. 754 07 34

Anlagen (nur e-mail): Resolution und Senatsanschriften der Gruppe „Sicherheit und Zukunft“

## I. Aus der Geschichte lernen

Die schrecklichen Ereignisse im Sommer 2000 setzten die Forderung nach einer Zukunftskonferenz auf die Tagesordnung. Aber erst nach massivem politischem Druck stimmte der Senat zu. Parallel fand der Aufstieg der Schill-Partei statt: Die ersten großen Versammlungen mit Ronald B. Schill fanden in Wilhelmsburg statt: Im Bürgerhaus und im Türkischen Hochzeitssaal am Vogelhüttendei.

### WILHELMSBURG braucht SICHERHEIT! Aber mit SICHERHEIT nicht SCHILL!

- Kinder brauchen einen sicheren, bezahlbaren Kindergartenplatz
- Jugendliche sichere Zukunftschancen und abgesicherte Freizeitangebote
- ALLE einen sicheren Arbeitsplatz statt Arbeitslosigkeit und Armut
- Wir brauchen mehr Sicherheit auf unseren Straßen statt immer mehr Verkehr
- In der Nachbarschaft wollen wir uns sicher und ohne Angst bewegen können
- Wilhelmsburg braucht endlich Planungssicherheit und attraktive Zukunftsperspektiven!

Hier gibt es mit Sicherheit großen Handlungsbedarf! Hier muss man Gewalt und Kriminalität an die Wurzel gehen!

Fragt den Kandidaten, wie er der Kriminalität den Boden entziehen will!

Sicherlich gibt es in Justiz, bei der Polizei und bei der Drogenbekämpfung vieles zu verbessern.

Aber: Einsparen, wegschleppen, ausreisen, mehr Polizei? Das schafft auf Dauer keine Sicherheit. Im Gegenteil: In den USA sitzen weit über eine Millionen Menschen im Knast (3% der erwerbstätigen Bevölkerung) und die Kriminalität steigt weiter.

Wilhelmsburger Bürgerproteste (Menschen aus allen Bevölkerungskreisen und Kulturen) haben in den letzten Jahren den Senat ganz schön auf Trab gebracht:

- o Mit Blockaden und Dauerdemonstrationen wurde die MVA verhindert
- o Anhaltende Proteste führten zur Abschaffung der Fehlleistungsabgabe
- o Schiller, Eltern, und Lehrer haben nach dem tragischen Tod des kleinen Volkan mit vielfältigen Aktionen den Senat zum Erlass der Hundeverordnung gezwungen.

In diesem Jahr hat „Sicherheit und Zukunft“ (ein Runder Tisch von Initiatoren und allen Parteien) eine Zukunftskonferenz für Wilhelmsburg durchgeführt. „Was ist das Problem der Wilhelmsburger“, „Grüne Freizeitspiel im Herzen der Stadt“, „Sonderförderung für unsere Schulen“, „zukunftsfähiges Verkehrskonzept zur Entlastung unserer Straßen statt Forderungen, mit denen wir dort die Büßrunden konfrontieren.“  
Was wir davon durchsetzen können, hängt auch jetzt wieder von UNS ab – der gemeinsamen Kraft der WilhelmsburgerInnen aller Nationalitäten, Parteien und Parteien.

Warum beteiligen sich die Leute der Schill - Partei nicht daran?

Mit einfachen Parolen lassen sich diese Probleme nicht lösen!  
Das schwierige Miteinander in diesem Stadtteil lässt sich nur in einem Klima der Toleranz und der guten Nachbarschaft verbessern!

Vorurteile, Ausgrenzung und Abschottung verschärfen die Probleme.  
**Sie schaffen mit Sicherheit mehr Unsicherheit!**

**PROTEST ja! - PRO Schill nein!**

Wilhelmsburger Initiatoren: „Sicherheit nicht Schill!“ – Marion Fehn, Holger Harnisch, Manuel Humburg, Benjamin Jacobs, Ralf Knappich, Uwe Altmann, Torsten Enders, Peter Frenz, Simon Frenz, Jürgen Frenz, Heide Langert, Susanne Fiedler, Lutz Neysters, Heide Neysters, Andrea Böhmer, Christa Hübner, Agathe Raa, Jörg-Robert Schreiber, Matthias Lügert, Bogi Koch, André Schwaner, Hans Schwaner, Frank Störmer, Klaus Stöcker, Michael Sackmann, Ingrid Kuhn, Werner Hochhausen, Gert-Georg Wackelmaier, Bogi Wackelmaier, Hans-Bernd, Harald Seifert, Wilfried Wagner, Dirk Neuhoff, Britta Lühr, Claudia Trösel, Ute Bremer, J. v. Probst

wiegend der Tatsache zu verdanken, dass die Bewohner im Verfahren weitgehend die Regie übernommen hatten, für Koordination zwischen den Arbeitsgruppen sorgten, ein gemeinsames Leitbild und eine Zukunftsstrategie entwickelten und sich auf die Forderung von „Schlüsselprojekten“ einigten. Auch die Zusammenfassung in Form des heute noch viel zitierten Weissbuches war alles andere als selbstverständlich. Schließlich konnte ein Budget für eine Auflage von 1000 Exemplaren durchgesetzt werden.

Der Durchmarsch von Schill konnte mit diesen Mitteln nicht verhindert werden. Schill, Silberbach und die anderen Konsorten

der Partei Rechtstaatlicher Offensive polemisierten gegen die „unsinnige Zukunftskonferenz“ vor allem mit dem Argument, sie würde an dem Wilhelmsburger Hauptproblem, der „Überfremdung“, ohnehin nichts ändern.



1000 Teilnehmende hat die Demo am 4.4.2009 - hier auf der Neuenfelder Straße: Der Kampf gegen die Autobahnisierung Wilhelmsburgs geht weiter.

Es kam schlimmer als befürchtet: Bei der Wahl im September 2001 erzielte die Schill-Partei in Wilhelmsburg mit 34,9 % ihr (Hamburg weit) bestes Ergebnis. (4430 Stimmen). Die SPD blieb mit 36,2% nur knapp stärkste Partei (4603 Stimmen). Bei der Wahl für die Bezirksversammlung lag Schill sogar vor der SPD an erster Stelle.

Auf der Abschlusspräsentation der Zukunftskonferenz wurde das Weissbuch nicht dem initiiierenden Senator Maier, sondern jetzt dem neuen Schill-Senator Mario Mettbach überreicht.

### **Die Zukunftskonferenz zur Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße und zur Verhinderung weiterer Autobahnen**

Ausgangspunkt und Schwerpunkt der Zuko war: Die Verhinderung der Hafenuerspange und anderer Autobahnprojekte auf den Elb-

inseln. Nicht ohne Grund stand das Motto vom „Zukunftsplan statt Autobahn“ Pate für die Zukunftskonferenz.

Was uns damals vorlag, war die Linienbestimmung der Behörde von 1999 ([www.zukunftsplan-statt-autobahn.de/Archiv/HQS-Linienbestimmung-1999.PDF](http://www.zukunftsplan-statt-autobahn.de/Archiv/HQS-Linienbestimmung-1999.PDF)) und die dazu gehörenden Pläne mit den untersuchten Trassenvarianten. Sie entsprechen denen in einer späteren Grafik der Behörde von 2008 (s. Abbildung Seite **XXXXXXXXXX**).

In der AG-Verkehr wurden alle Varianten ausführlich untersucht und alle, auch die Diagonalltrasse Ost (trotz der damit verbundenen Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße an die Bahn) wurden definitiv abgelehnt. Als Alternative wurde eine ringförmige Verkehrsführung – ohne Autobahn – von der Zuko vorgeschlagen. (Weissbuch S. 45 ff). Nur

unter ausdrücklich dieser Voraussetzung wurde über eine mögliche Verlegung der WRS diskutiert.

Bei selektiver Lektüre kann dieser Zusammenhang aus dem Auge verloren gehen, was zu Verwirrung führen kann.

In der Tat war der Zuko die jetzige Wilhelmsburger Reichsstraße mit ihren Lärmmissionen und ihrer Zerschneidungswirkung ein Dorn im Auge. Der spätere Vorschlag der IBA im Jahre 2008 für die Umgestaltung zu einem Boulevard wurde deshalb auch einhellig begrüßt. Alarm wurde auch erst geschlagen, als bekannt wurde, dass die DEGES ausdrücklich eine Verlegung als Autobahn plante und Anschlussfähigkeit an eine spätere „Hafenuerspange“ (A26) im Süden der Elbinsel vorgesehen war.

### **Das Weissbuch ist ein Zeitdokument aus dem Jahre 2002 mit vielen konkreten Ideen, aber zwei zentralen Botschaften**

Geschrieben in und für Wilhelmsburg im Jahre 2002 in einer konkreten zugespitzten Situation, spiegelt das Weissbuch die aktuelle Gedankenwelt der damaligen Akteure und Autoren wieder.

So ist es vor allem der Wertbegriff selber, mit dem man heute sicherlich sensibler und differenzierter umgehen würde. „Hochwertig“,

„In-Wert-Setzung“ gehören im Weissbuch zu den am häufigsten verwendeten Begriffen. Unter „Aufwertung“ wurde in der Tat vor allem „Verbesserung der Lebensbedingungen“ verstanden und weniger die „Verwertbarkeit“ für Investoren. Und unter dem Eindruck von rasanter Verelendung hatten wir mögliche Gefahren von Veredelung kaum im Blick.

### **Einiges würde heute anders akzentuiert oder auch anders bewertet.**

Die Erfahrungen, die seit einigen Jahren in St. Pauli, St. Georg und anderswo mit „Verdrängung“ durch „Aufwertung“ gemacht werden, schärfen hier heute richtiger Weise auch den Blick für Wilhelmsburg.

Eine Besonderheit war sicherlich die damalige ökonomische Situation: Mitten in der IT-Blase und im Containerboom herrschte auch in Wilhelmsburg unkritischer Wirtschaftsoptimismus: Die Elbinseln als ein zentral gelegener zukunftsfähiger Standort der Wissensgesellschaft für innovative Logistik und saubere Technologien in der IT-Branche. Wenig später platzte die IT-Blase und einige Jahre darauf lagen leere Containerriesen im Hafen vor Anker.

Wenig Aufmerksamkeit wurde damals den Themen Klimawandel, Energieversorgung und auch Hochwasserschutz zu teil. Hier haben die Auseinandersetzungen der

Zwei Botschaften der Zukunftskonferenz ragen heraus:

1. Wir sind schon da, Wilhelmsburg gehört uns
2. Die Zweiteilung der Stadt muss überwunden werden



letzten Jahre um das Kohlekraftwerk Moorburg und die Elbvertiefung sowie die Schwerpunktsetzung der IBA auf das Thema „Stadt im Klimawandel“ zu erhöhter Sensibilität beigetragen.

Natürlich bleibt es dem Weissbuch nicht erspart, auch als Rezeptbuch oder zur Legitimierung fragwürdiger Intentionen missbraucht zu werden. Im Gegensatz zu manchem Projekt mit eingeschränktem Fokus oder kurzer Reichweite versucht das Weissbuch dagegen stets, die Elbinseln als ganze im Blick zu behalten, ebenso wie die Interessen ihrer Bewohner in ihrer Gesamtheit.

**In diesem Sinne ragen zwei zentrale Botschaften der Zukunftskonferenz heraus:**

1. Wir sind schon da. Nichts ohne und gegen die Menschen, die hier leben.

Hier formulieren die Akteure der Zukunftskonferenz ihren Anspruch, bei den Veränderungen der Zukunft nicht nur mitgenommen sondern vor allem ernst genommen zu werden und als Partner mitzugestalten.

Nicht was vor zehn Jahren mal im Weissbuch geschrieben wurde, ist deshalb entscheidend, sondern der aktuelle Stand der Debatte der konkreten Bewohner vor Ort. Die Zukunftskonferenz stößt einen dynamischen, fortlaufenden Prozess an. Dafür steht schon ihr Motto: „Insel im Fluss – Brücken in die Zukunft“.

In diesem Sinne bauen die späteren Ein-

wohnerversammlungen auf den Erfahrungen der Zukunftskonferenz auf, ebenso wie die Debatten beim „Pegelstand Elbinsel“, die der Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg in Kooperation mit zahlreichen Partnern seit 2005 regelmäßig veranstaltet. Neue Menschen ziehen auf die Elbinseln und bringen ihre Themen mit, andere Gruppen melden sich zu Wort und entwickeln ihre Sichtweise für eine positive Zukunftsentwicklung. Dazu gehören die Forderungen der Mieterinnen und Mieter der GAGFAH im Bahnhofsviertel nach menschenwürdigen Wohnbedingungen ebenso wie die Debatten um das Thema Gentrifizierung und für eine soziale Wohnungspolitik. Dazu zähle ich die vielfältigen neuen Impulse, die im Bündnis der Verkehrsinitiativen unter dem Dach von „Zukunftsplanstatt-Autobahn“ entstehen ebenso wie die kürzliche Zukunftswerkstatt in Georgswerder. Eltern, Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte planen die nächsten Schritte der Bildungsinitiative. Fast 50 Initiativen und Vereine knüpfen ein neues bürgerschaftliches Netzwerk auf den Elbinseln und entwickeln neue Ideen für Mitsprache und Mitwirkung der hier lebenden Menschen.

2. Was die Elbinseln vor allem brauchen, ist ein Umdenken bei den Entscheidern, ein Paradigmenwechsel. Die Zukunftskonferenz fordert, die anhaltende Zweiteilung der Stadt in Ober- und Unterstadt zu überwinden.

Natürlich sind Wilhelmsburg und die Veddel Orte, die sich die Elbinsel mit dem Hafen teilen. Wenn sie aber – im Herzen der Stadt gelegen – der Stadt auch am Herzen liegen, muss die Frage: „Containerland oder Wohnort“ eindeutig beantwortet werden. Als Stapelplatz für Containergebirge sind die Lebensräume der Menschen definitiv nicht geeignet.

Das gleiche gilt für die Containertransporte und andere Durchgangsverkehre: Solange Verkehrsplaner und Wirtschaftsbehörde es für selbstverständlich halten, Autobahnen durch die Wohngebiete der Elbinseln, wahlweise im Norden, im Süden oder mitten durch die Wilhelmsburger Mitte für den Containertransport und Fernverkehre zu projektieren, kann von einer Überwindung der Zweiteilung der Stadt keine Rede sein. Nördlich der Elbe sind Stadtautobahnen seit den 70er Jahren schließlich tabu.

Die Zukunftskonferenz ist für die Wilhelmsburger Bürgerbewegung ein bedeutsamer historischer Meilenstein. Ihre Visionen und Vorschläge aber müssen immer wieder weiter entwickelt und für und mit den Bewohnern umgesetzt werden. ★